



Foto: contrastwerkstatt/stock.adobe.com

# Deutliche Spuren

## apoBank-Studie zu Auswirkungen der Pandemie

**Trotz niedriger Inzidenzen, einem ermutigenden Impfverlauf und freier Intensivbetten ist nach eineinhalb Jahren Corona die Stimmungslage im Gesundheitswesen sowie bei den freien Berufen insgesamt getrübt. Viele spüren nach wie vor die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie.**

Die Situation hat sich zwar leicht entschärft, dennoch leiden vor allem die Krankenhäuser und viele Fachärzte nach wie vor unter niedrigen Patientenzahlen und somit Umsatzeinbußen. Die geringere Liquidität beeinflusst die laufenden Kosten, das Abzahlen betrieblicher Kredite und erfordert immer noch Abstriche bei beabsichtigten oder notwendigen Investitionen. Um den Betrieb aufrecht zu erhalten, haben laut einer aktuellen bundesweiten Erhebung der apoBank 21 Prozent der selbstständigen Heilberufler im Verlauf der letzten zwölf Monate Überbrückungshilfen oder steuerliche Hilfsmaßnahmen beantragt. „Die Pandemie hat deutliche Spuren in der ambulanten Versorgung hinterlassen“, bringt es Daniel Zehnich, Leiter des Bereichs Gesundheitsmärkte

und Gesundheitspolitik bei der apoBank, auf den Punkt. Jeder fünfte Niedergelassene habe in dieser Zeit auf sein Privatvermögen zurückgreifen müssen, um den Praxisbetrieb und damit die Regelversorgung zu sichern.

„Jeder dritte betroffene Freiberufler gibt an, dass er das Jahr 2020 ohne Hilfsgelder nicht überstanden hätte“, so Prof. Dr. Wolfgang Ewer, Präsident des Bundesverbands der Freien Berufe (BFB). Den staatlichen Rettungsschirm hatten Arztpraxen und Kliniken im vergangenen Frühjahr ohne großes Lamento bewilligt bekommen. Doch seien die Corona-Hilfen in vielen Fällen offenbar nicht wirksam gewesen, resümiert Zehnich. Nur elf Prozent der befragten selbstständigen Heilberufler hätten die Rettungsschirme als ausreichend empfunden, um die Praxen und Apotheken wirtschaftlich zu stabilisieren. Und auch Ewer erwartet von der Regierung, die staatlichen Hilfen für Freiberufler und Solo-Selbstständige auch noch über die anstehende Bundestagswahl hinaus weiterlaufen zu lassen: „Wenn das erweiterte Zeitfenster bis Ende September nicht reicht, muss nachgelegt werden.“

Der Schutzschirm für die Zahnärzte wurde erst nach mehrfacher Intervention der Standesvertretungen aufgespannt und sah, entgegen den ärztlichen Kollegen, Liquiditätshilfen nur in Form rückzahlbarer Kredite vor. Um Verluste für die Praxis und das Team zu minimieren oder abzuwenden griffen viele von ihnen auch auf die Möglichkeit der Kurzarbeit zurück. Die KZVB erneuert in diesem Zusammenhang ihre Kritik an der Ungleichbehandlung der Zahnärzte gegenüber anderen Heilberufen. „Während es für die niedergelassenen Ärzte und Krankenhäuser Ausgleichszahlungen gab, wurden uns lediglich Kredite zugestanden. Die Zahnärzte mussten die Corona-Krise aus eigener Kraft bewältigen“, so der KZVB-Vorsitzende Christian Berger. Insgesamt scheinen die Zahnärzte aber besser durch die Pandemie gekommen zu sein als viele anderen Medizinberufe. Darauf deuten zumindest die Abrechnungszahlen der KZVB hin.

Bis alle Medizin-Bereiche wieder auf dem Vor-Corona-Niveau angekommen sind, dürfte es dagegen noch dauern.

Ingrid Scholz